Aus dem Ortsgemeinderat

Am 25.09.2008 fand in Birgel, im Bürgerhaus, unter Vorsitz von Ortsbürgermeister Günter Klinkhammer eine öffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Birgel statt.

Aus der öffentlichen Sitzung:

Änderung Forstwirtschaftsplan 2008 - Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Die Vertreter der Forstverwaltung erläuterten dem Rat die notwendigen Änderungen des Forstwirtschaftsplanes 2008.

Die Einnahmen erhöhen sich um 5.543,25 € von bisher 98.772,00 € auf nunmehr 104.315,25 € und die Ausgaben erhöhen sich von bisher 63.332,00 € um 208,22 € auf nunmehr 63.540,22 €.

Insgesamt wird somit ein Überschuss in Höhe von 40.775,03 € erwartet, also 5.335,03 € mehr als bisher geplant (35.440,00 €).

Beschluss:

Nach Beratung stimmt der Ortsgemeinderat den Änderungen des Forstwirtschaftsplanes 2008 in der vorgelegten Fassung zu.

Forstwirtschaftsplan 2009 - Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Seitens der Forstverwaltung wurde der Entwurf des Forstwirtschaftsplanes für das Jahr 2009 vorgestellt und im Detail erläutert.

Danach sind Einnahmen geplant in Höhe von 90.422 € und Ausgaben in Höhe von 79.944 €, sodass der Plan einen Überschuss in Höhe von 10.478 € ausweist.

Beschluss:

Nach ausführlicher Beratung beschließt der Ortsgemeinderat den Forstwirtschaftsplan für das Jahr 2009 in der Fassung des vorgelegten Entwurfs.

Brennholzpreise wie im Vorjahr, allerdings wird Brennholz nur noch an Birgeler verkauft und zwar pro Haushalt 8 fm, bei zwei Haushalten 12 fm.

Gemeindewald, Betriebsplanung 2008 - 2018 - Vorstellung und Erörterung des Planentwurfs

Sachverhalt:

Der beauftragte Forsteinrichter, Herr Remmy, stellte, auch im Rahmen einer Waldbegehung, dem Rat und den Vertretern der Forstverwaltung den Entwurf des Betriebsplanes 2008 – 2018 im Detail vor.

Vor Inkrafttreten des Betriebsplanes durch Beschluss des Rates, ist dieser vorab der Oberen Forstbehörde zur Prüfung vorzulegen.

Beschluss:

Nach ausführlicher Beratung und Erörterung beschließt der Rat dem vorgestellten Entwurf des Betriebsplanes mit folgenden Änderungen zuzustimmen:

Unter dem Punkt „Waldverjüngung“ ist der Ansatz bei dem Unterpunkt „Pflanzung“ von 2 ha zu erhöhen.

Jahresrechnung 2007 - Prüfung und Entlastungserteilung

Sachverhalt:

Die Prüfung der Jahresrechnung 2007 erfolgte durch den Rechnungsprüfungsausschuss unter Vorsitz von Ratsmitglied Matthias Schnichels.

Dieser trug das Ergebnis der Prüfung gemäß Prüfungsniederschrift vom 02.06.2008 vor.

Danach ergaben sich keine Beanstandungen.

Folglich schlägt der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses dem Rat vor, dem Ortsbürgermeister, den Beigeordneten sowie dem Bürgermeister und den Beigeordneten der Verbandsgemeinde Entlastung für das Haushaltsjahr 2007 zu erteilen.

Beschluss:

Der Rat erteilt dem Ortsbürgermeister, den Beigeordneten sowie dem Bürgermeister und den Beigeordneten der Verbandsgemeinde Entlastung für das Haushaltsjahr 2007.

Haushaltssatzung und -plan für das Haushaltsjahr 2008 - I. Nachtrag - Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Der Ortsgemeinderat nahm Kenntnis vom Entwurf der I. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 nebst Plan.

Mit dem vorliegenden Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008 erhöhen sich im Verwaltungshaushalt die Einnahmen und Ausgaben gleichlautend von bisher 427.510 € um 29.620 € auf 457.130 €.

Im Vermögenshaushalt erhöhen sich Einnahmen und Ausgaben ebenfalls und zwar um 59.300 € von bisher 46.500 € auf 105.800 €.

Zur Finanzierung des Vermögenshaushaltes ist nunmehr eine Kreditaufnahme von 62.400 € notwendig.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung beschließt der Ortsgemeinderat die I. Nachtragshaushaltssatzung 2008 nebst Plan in der Fassung des vorgelegten Entwurfs.

Außerdem beauftragt und ermächtigt der Ortsgemeinderat den Ortsbürgermeister die genehmigten und notwendigen Kredite nach Bedarf zu den günstigsten Konditionen in Abstimmung mit der Verwaltung aufzunehmen.

Spenden zu Gunsten der Ortsgemeinde - Genehmigung nach § 94 Abs. 3 Satz 5 Gemeindeordnung

Sachverhalt:

Mit dem Landesgesetz zur Änderung kommunal- und dienstrechtlicher Vorschriften vom 21.12.2007 hat der Landesgesetzgeber die Annahme und Einwerbung von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen im § 94 Absatz 3 der Gemeindeordnung (GemO) geregelt.

Nach § 94 Absatz 3 Satz 5 GemO obliegt dem Rat die Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen.

Dabei ist nach den Handlungsempfehlungen des Ministeriums des Innern und für Sport vom 18.06.2008 zur Wahrung des Transparenzgebotes eine Behandlung der Angelegenheit in öffentlicher Sitzung vorzunehmen, wobei in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt werden kann, wenn der Geber aus berechtigtem Interesse um vertrauliche Behandlung seines Namens gebeten hat.

Beschluss:

Der Rat genehmigt die Annahme der vorgelegten Aufstellung aufgeführten Spenden.

Aufhebung von Wirtschaftswegen in der Ortsgemeinde Birgel

Sachverhalt:

Bei der Erfassung und Bewertung der Wirtschaftswege im Rahmen der Doppik wurde auch in der Ortsgemeinde Birgel festgestellt, dass verschiedene Wirtschaftswegen in der Örtlichkeit tatsächlich nicht mehr vorhanden sind.

Auf Grund dessen wurde durch die Verwaltung überprüft, ob diese Wirtschaftswegen die gemeinschaftlich öffentliche Zweckbestimmung und Verkehrsbedeutung verloren haben, so dass diese Wege- bzw. Wegeteillflächen gemäß § 58 Abs. 4 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) aufgehoben werden können. Dies wurde grundsätzlich angenommen, wenn die tatsächlich nicht mehr vorhandenen Wege nur Grundstücke erschließen, die im Eigentum von einer Person stehen bzw. die Erschließung von Grundstücken über andere Wirtschaftswegen, die auch in der Örtlichkeit noch vorhanden sind, sichergestellt ist. Somit hat der Teilnehmer der Flurbereinigung kein schutzwürdiges Interesse mehr an der Erhaltung konkreter Erschließungsvorteile durch den Wirtschaftsweg.

Auf dieser Grundlage wurde eine Übersichtskarte erstellt, die diese Wirtschaftswegen im Einzelnen darstellt. Der Ortsgemeinderat wurde anhand dieser Karte über die betroffenen Wirtschaftswegen informiert.

Zur Aufhebung von Wirtschaftswegen ist es nach § 58 Abs. 4 FlurbG erforderlich, dass die Ortsgemeinde eine Satzung über die Aufhebung der Wirtschaftswegen erlässt. Ein Entwurf einer solchen Satzung liegt den Ratsmitgliedern vor. Vor Erlass einer solchen Satzung ist es jedoch notwendig, dass den Anliegern die Möglichkeit eingeräumt wird, evtl. vorliegende Bedenken und Anregungen bezüglich der Aufhebung der Wirtschaftswegen vorzutragen, über die im Rahmen einer nächsten Sitzung zu beraten wäre. Nach Satzungsbeschluss bedarf diese Satzung sodann noch der Genehmigung durch die Kreisverwaltung Vulkaneifel.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung beschließt der Ortsgemeinderat, das Verfahren zur Aufhebung von Wirtschaftswegen bzw. Teilflächen von Wirtschaftswegen zur Vorberatung an den Bau- und Wegeausschuss zu verweisen.

1. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung der Ortsgemeinde Birgel

Sachverhalt:

Von einigen Bürgern wurde angeregt, die Fläche für die Urneneinzelgrabstätten zu vergrößern. Bei einer bisherigen Größe von 0,5 m x 0,5 m ist die verbleibende Fläche nach der Errichtung eines Grabmales sehr gering, um eine schöne Bepflanzung vorzunehmen.

Um die angedachte Größe von 0,7 m Breite und 0,5 m Länge neu festzusetzen, ist es erforderlich, die Friedhofssatzung vom 14.04.2005 abzuändern.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung beschließt der Ortsgemeinderat die 1. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung in der Fassung des vorgelegten Entwurfes, der als Anlage Bestandteil dieses Beschlusses ist.

Neufestsetzung von Friedhofsgebühren

Sachverhalt:

Durch die 1. Änderung der Friedhofssatzung der Ortsgemeinde Birgel ist es erforderlich, die Gebühren für die einstelligen Urnengrabstätten neu festzulegen. Die Gebühren wurden auf der Grundlage der bisherigen Kalkulationen unter Berücksichtigung der neuen Größen für Urnengräber neu berechnet.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung beschließt der Ortsgemeinderat folgende neue Gebühren:

1. Urnenreihengrab = 160,00 €

2. Urnenwahlgrab = 192,00 €

Bis die Gebühren in der Haushaltssatzung neu festgesetzt werden, beauftragt die Ortsgemeinde die Verbandsgemeindeverwaltung damit, für den Fall einer Bestattung, mit den Angehörigen eine Vereinbarung über die Höhe der entsprechenden Gebühren abzuschließen.